Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Postbezug für den Monat 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,10 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060
Unverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 278 × Sonnabend, 29. November 1930 38. Jahrgang

Der Reichsinnenminister in Oberschlesien

Besprechung mit der Bevölkerung in Oppeln — Sturmszenen im Berliner Stadtparlament — Friedens-Nobelpreis für Kellogg und Soederblom

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten

B. Berlin, 28. November. (Eig. Drahtbericht)

Die Sozialdemokraten haben, wie wir schon andeuteten, ihre Bereitschaft, gegen eine Verkündung der Finanzgesetze durch Notverordnung keinen Einspruch zu erheben, von einer Reihe von Forderungen abhängig gemacht, die sich auf die

Umgestaltung der früheren im Juli erlassenen Notverordnung

beziehen. Die ist bekanntlich im Oktober dem Haushaltsausschuß überwiesen worden, in dem von den Oppositionsparteien verschiedene einschneidende Abänderungsanträge gestellt wurden. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben in der Aussprache mit dem Kanzler nicht nur

Erleichterungen der 50-Pf.-Krankenscheingebühr

verlangt, sondern auch eine wesentliche Abänderung der Bestimmungen für die Etatisierung der Arbeitslosenversicherung und die Aufhebung der Kopfsteuer. Der Kanzler lie' sich auf die beiden letzten Forderungen nicht ein. Eine Umstellung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung ist nach Ansicht der Regierung unmöglich, wenn nicht der ganze Etat wieder in Unordnung geraten soll. Der Finanzminister hat daher Zugeständnisse nach der Richtung hin abgelehnt und auch der Führer der Volkspartei, Dr. Dingeldey, der vom Kanzler am Mittwoch nochmals empfangen wurde, hat erklärt, daß seine Partei einer solchen Konzession auf keinen Fall zustimmen könnte. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dem die sozialdemokratischen Unterhändler gestern über das Ergebnis ihrer Aussprache beim Kanzler berichteten, hat nun erneut auf der Erfüllung der drei Forderungen bestanden. Trotzdem glauben wir nicht, daß man diese Stellungnahme als endgültig anzusehen haben wird. Bei der Kopfsteuer, so meint man in sozialdemokratischen Kreisen, würde man

sich schließlich mit einer sozialen Staffelung begnügen

können. Dr. Brüning auf der andern Seite ist nur in einem Punkt zum Nachgeben bereit. Er will, was ja sicher auch sehr wünschenswert ist, die Sondergebühr für den Krankenschein für langfristig Erwerbslose und für Tuberkulöse fallen lassen. Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten werden am heutigen Freitag fortgesetzt. Der „Vorwärts" stellt heute morgen fest, daß sich diese Verhandlungen überaus schwierig gestalten, was bei den großen Gegensätzen, die gerade bei diesen Fragen zwischen der Sozialdemokratie und einigen an der Regierung beteiligten Parteien bestünden, freilich nicht verwunderlich sei.

Die deutsche Aktion für die Minderheiten

Ruhe und Besonnenheit sind Voraussetzungen des Erfolgs

× Oppeln, 28. November

Reichsinnenminister Dr. Wirth kam am Donnerstag abend in Begleitung des Vertreters der preußischen Staatsregierung, Staatssekretär Dr. Abegg, nach Oppeln, um die durch die bekannten Vorgänge in Ostoberschlesien geschaffene Lage zu besprechen. Hierbei nahm der Minister mit sämtlichen Parteien und Verbänden, mit Ausnahme der Kommunisten, Fühlung. Reichsinnenminister Dr. Wirth legte die Auffassung des Reichskabinetts dar und wies insbesondere auf den bedeutsamen Schritt der Reichsregierung beim Völkerbundsrat hin. Unter gar keinen Umständen dürfe bei der oberschlesischen Bevölkerung der Gedanke entstehen, daß das oberschlesische Land schutzlos dastehe. Der Minister gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller begreiflichen Erregung das oberschlesische Volk so musterhaft Disziplin und Ruhe bewahrt habe und vor allem die Rechte der polnischen Minderheit auf deutschem Gebiete nicht im geringsten angetastet habe. Der Reichsinnenminister erklärte weiter, er nehme die Ueberzeugung mit, daß die oberschlesische Bevölkerung auch weiter besonnen und klug die Politik der Reichsregierung unterstützen wird.

Staatssekretär Dr. Abegg legte dar, daß Ruhe, Sicherheit und Ordnung in der Provinz unter allen Umständen gewährleistet seien. In der Aussprache wurden die Schritte der Reichsregierung begrüßt. Man war sich auch der Bedeutung dieser Maßnahmen bewußt, die geeignet sind, die oberschlesische Bevölkerung zu beruhigen. Man war sich auch darüber klar, daß es nunmehr Aufgabe der Bevölkerung sei, Unbesonnenheiten zu vermeiden, die nur geeignet sein könnten, die von der Regierung eingeschlagene Politik zu stören.

*

Die deutsche Beschwerdenote

Die deutsche Beschwerdenote wurde gestern noch einer letzten Feilung unterzogen, so daß sich ihre Absendung um einige Stunden verzögerte. Sie dürfte jetzt auf dem Wege nach Genf sein. In der Presse kommt an vielen Orten die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß sich die Regierung nicht entschloß, der Wichtigkeit der Angelegenheit entsprechend eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrats zu verlangen. Die offiziösen Erklärungsversuche bewegen sich in der Richtung, die bereits gestern an dieser Stelle angedeutet wurde. Sie wirken auch heute noch nicht überzeugend. Wenn gar darauf hingewiesen wird, es sei doch fraglich gewesen, ob „angesichts der zur Zeit in allen Ländern anstehenden wichtigen politischen Arbeit" die Außenminister persönlich die von Deutschland beantragte außerordentliche Ratstagung besucht hätten, so muß demgegenüber betont werden, daß es die deutsche Regierung zunächst einmal hätte darauf ankommen lassen müssen, ob man es wagen würde, Deutschland eine derartige Behandlung zuteil werden zu lassen. Hätten sich die Mitglieder des Rates, wie man im Auswärtigen Amt befürchtete, durch ihre Berner Gesandten vertreten lassen, während selbstverständlich der deutsche Reichsaußenminister persönlich hätte nach Genf kommen müssen, so wäre dies eine derartige Brüskierung und Herausforderung des gesamten deutschen Volkes gewesen, daß die Folgen völlig unabsehbar gewesen wären. Wir glauben, daß man es sich in Paris und London doch zweimal überlegt hätte, um Polens willen in einen ernsten Konflikt mit Deutschland zu kommen.

*

Der deutsche diplomatische Schritt

B. Berlin, 28. November. (Eig. Drahtbericht)

Nachdem die deutsche Beschwerdenote an den Generalsekretär des Völkerbundes abgegangen ist, werden in den nächsten Tagen die deutschen Vertreter in Paris, London und Rom die Regierungen über den Inhalt der Note unterrichten und die Bedeutung des außergewöhnlichen Vorgehens Deutschlands unterstreichen. Der Text, der sich aus einem knapp gehaltenen allgemeinen Protest und einem ziemlich umfangreichen Tatsachenmaterial zusammensetzt, soll gleichzeitig mit der Demarche in den Hauptstädten der Gläubigermächte bekanntgegeben werden. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth kehrt heute abend aus Oppeln zurück und wird unmittelbar nach seiner Ankunft dem Kanzler und dem Außenminister über seine Feststellungen berichten.

*

Forderungen der Jungdeutschen

* Berlin, 28. November

Der Jungdeutsche Orden stellt nach einem Bericht des „Jungdeutschen" u. a. folgende Forderungen zum deutsch-polnischen Konflikt an die Reichsregierung:

1. Die diplomatischen Beziehungen zu Polen sind sofort abzubrechen, der deutsche Gesandte in Warschau ist abzuberufen.
2. Die deutsche Regierung fordert sofort eine Sondertagung des Völkerbundsrates und ersucht durch besondere Note die Außenminister der Ratsmächte, dieser Sondertagung beizuwohnen.
3. Die Reichsregierung tritt sofort in ernste Erwägungen darüber ein, ob Deutschland noch weiter im Völkerbund bleibt oder nicht.
4. Die Reichsregierung tritt in ernste Erwägungen darüber ein, ob sie unter Hinweis auf die Vorgänge in Polen und auf die Farce der Abrüstungsverhandlungen in Genf dem Völkerbund und den Signatarmächten des Versailler Diktates mitteilt, daß sie sich an die auferlegten Rüstungsbeschränkungen nicht mehr hält, da die Gegenseite die vertraglich zugesicherte Abrüstung nicht vorgenommen hat.
5. Die Reichsregierung läßt die Bildung von Freiwilligen-Formationen zum Schutz der deutschen Grenze gegen Polen nicht nur zu, sondern fördert sie, und zwar mit Geld und Waffen.

*

Polen erhöht d'e Zölle

× Warschau, 28. November. (Durch Funkspr.)

Die polnische Regierung hat für über 70 Unterpositionen des polnischen Zolltarifes die Einfuhrzölle wesentlich, zum Teil um einige 100 Prozent, erhöht. Die Zollerhöhungen betreffen vor allem Chamotteerzeugnisse, Elektro-, Porzellan- und Installationsmaterial, Kali, Gerbstoffextrakt, Essigsäure, essigsauren Kalk, Röhren, Dampflokomobilen, Müllereimaschinen, Fahrradteile, Papier, Schuhe und andres mehr. Die erhöhten Zollsätze treten am 7. Dezember dieses Jahres in Kraft. Praktisch richten sich die neuen polnischen Zollerhöhungen vor allem gegen die deutsche Einfuhr.

*

Studenten gegen den Terror in Polen

* Berlin, 28. November. (Durch Funkspruch)

In der Nähe der Universität fand heute mittag eine von der Deutschen Studentenschaft einberufene Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Polen statt, an der zahlreiche Studenten teilnahmen. Der Sprecher der Deutschen Studentenschaft, Hoppe, gab bekannt, daß heute zu gleicher Zeit an allen deutschen Hochschulen und auch in Oesterreich gleiche Kundgebungen stattfinden, die zur Knechtung der deutschen Brüder in Polen Stellung nehmen. Er verlas dann eine Entschließung, die auch bei den andern Kundgebungen im Reich einstimmige Annahme gefunden hatte und in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die deutsche Akademikerschaft aller Kulturstaaten bei ihren Regierungen vorstellig werden, um Maßnahmen gegen den polnischen Terror zu ergreifen. Zum Schluß der Entschließung wird an die Reichsregierung und an den Reichspräsidenten die dringende Bitte gerichtet, nicht länger mehr die Qualen der wehrlosen Deutschen mit anzusehen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Grausamkeiten vorzugehen. Mit dem Liede „Burschen heraus!" schloß die Kundgebung.

Die Magna Charta des Betrugs

Mit Genugtuung und Freude begrüßt man überall in Deutschland, daß Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter in der sogenannten Vorbereitenden Abrüstungskommission, gestern endlich einmal klar und deutlich ausgesprochen hat, was das deutsche Volk von dieser Schwindelkonferenz in Genf hält. Seit Stresemanns Tagen hat Deutschland in der Völkerbundsstadt niemals so klar und so entschieden gesprochen wie gestern. Wir haben im größten Teil dieser Auflage die Erklärung des Grafen Bernstorff noch ausführlich veröffentlicht.

Es handelte sich um die Abstimmung über den in erster Lesung angenommenen Artikel „E", zu dem ein französischer Zusatzantrag „a" vorlag. Dieser Artikel „Ea" bestimmt, daß die Abrüstungskonvention „nicht die früheren Entscheidungen berührt, durch die gewisse vertragschließende Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, Flotten- und Luftrüstungen angenommen haben". Was heißt das? Unter den „gewissen vertragschließenden Staaten" sind die ehemaligen Mittelmächte zu verstehen, und die „früheren Entscheidungen" sind die Friedensverträge des Jahres 1919, durch die sich Deutschland zur vollständigen Abrüstung verpflichtete.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Artikels wird noch erhöht durch den französischen Zusatzantrag, der davon spricht, daß die Aufrechterhaltung der früheren Verträge die Vorbedingung für das Inkrafttreten der Konvention bleibt. Deutschland soll sich also noch einmal feierlich verpflichten, niemals an der im Friedensvertrag festgelegten völligen Wehrlosigkeit zu rütteln, und dafür versprechen die übrigen Staaten, nicht etwa, wie es im Friedensvertrag ebenfalls festgelegt wurde, abzurüsten, sondern ihre Rüstungen „im Rahmen der Konvention zu halten". Diese Genfer Konvention aber erfüllt alle Wünsche Frankreichs in den Fragen der Landrüstung. Frankreichs Riesenarmee bleibt bestehen. Frankreichs unendliche Heeresvorräte werden nicht berührt. Frankreichs Riesenverteidigungssystem an der Ostgrenze bleibt erhalten.

Es war klar, daß nunmehr die Stunde gekommen war, gewissen Leuten in Paris und London die Illusion zu nehmen, daß sich eine deutsche Regierung finden könne, die bereit gewesen wäre, ihre Unterschrift unter ein solches Dokument zu setzen. Graf Bernstorff faßte die Ansicht aller Deutschen ohne Rücksicht der parteipolitischen Einstellung sehr glücklich zusammen, wenn er erklärte:

„Der jetzige Konventionsentwurf hat mit Abrüstung, soweit es sich um die Landstreitkräfte handelt, nichts gemein als die Ueberschrift. Wenn sich die Kommission von diesem kläglichen Ende ihrer fünfjährigen Arbeit Rechenschaft geben wollte, dann würde sie es nicht wagen, dieses Scheinwerk noch durch den Artikel Ea den früheren Verträgen gegenüberzustellen. Es mag vielleicht Delegierte in unsrer Kommission geben, die glauben, man könne meiner Regierung einen Vertrag zur Unterzeichnung anbieten, der, statt eine wirksame Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand erhöht, der aber für mich gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags bedeutet. Ich muß Sie bitten, einer solchen Illusion endgültig zu entsagen."

Natürlich nutzte diese Erklärung gar nichts. Der Artikel Ea wurde mit 12 gegen 5 Stimmen angenommen. Eine ganz besonders klägliche Rolle spielte in dieser Diskussion der Vertreter der englischen Arbeiterregierung, Lord Robert Cecil, der bekanntlich seit vielen Jahren aus dem Pazifismus ein Wandergewerbe gemacht hat. Lord Robert Cecil, der gestern mit Frankreich durch dick und dünn ging, mußte sich vom Grafen Bernstorff daran erinnern lassen, daß er vor gar nicht langer Zeit noch Schulter an Schulter mit Deutschland für eine wirkliche Abrüstung gekämpft habe. Der edle Lord suchte vergeblich, die radikale Schwenkung Englands in der Abrüstungsfrage zu vertuschen. England, das in erster Linie selbstverständlich an einem Rüstungsausgleich zur See interessiert ist, hat Frankreich, um dessen Zustimmung zum Londoner Flottenabkommen zu erreichen, freie Hand in allen Fragen der Landabrüstung gelassen. Um seine eigene Stellung auf dem Meere zu sichern, hat es Frankreich die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zugestanden. Und das ist geschehen unter der Regierung Ramsay Macdonald, einem der hervorragendsten Vertreter der II. sozialistischen Internationale.

Die englische Außenpolitik hat sich stets durch größte Dauerhaftigkeit ausgezeichnet, ganz gleichgültig, welches Kabinett am Ruder war. Eine konservative Regierung hätte sicherlich nicht anders gehandelt als das Arbeiterkabinett Macdonald. Aber dann wären die imperialistischen Ziele Englands auch offen zutage getreten, und man hätte sie nicht, wie jetzt, durch eine Nebelwand pazifistischer Phrasen zu verdecken versucht. Robert Cecil ist ein Meister solcher Vernebelungstaktik, und im Vergleich zu ihm wirken jene Admirale, die auf der Genfer Flottenkonferenz vor einigen Jahren die konservative Regierung vertraten, in ihrem brüsken, offenen Auftreten noch sympathisch.

Deutschland wird auf der endgültigen Abrüstungskonferenz, der die in Genf beschlossene Konvention vorgelegt werden muß, mit aller Offenheit erklären, daß es niemals daran denkt, dieses Dokument anzunehmen. Die Engländer haben einst durch ihre große Magna Charta der Freiheit, in der zum erstenmal die Rechte der Stände gegen die absolute Willkür des Königs festgelegt wurden, die Entwicklung der politischen Freiheit auf dem Kontinent nachhaltig beeinflußt. Sie haben jetzt durch diese in Genf zustande gekommene große Magna Charta des Betrugs den Absolutismus der französischen Hegemonie auf dem Festlande gestärkt und gefestigt und der europäischen Freiheit einen entscheidenden Schlag versetzt.

Theodor Schulze